

Gemeinde Grünwald

Herrn 1. Bürgermeister Neusiedl

Rathausstr.3

82031 Grünwald

Grünwald, 17.06.2013

## **Antrag**

### **Transparenz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Neusiedl,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grünwalder Gemeinderates,

die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP stellen hiermit folgenden Antrag für den Gemeinderat.

Ein Gemeinderat der CSU, Dr. Knittel, stellte in der letzten GR-Sitzung die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Verbindung von Amt und Beschäftigung von Mitgliedern des Gemeinderates in der Gemeinde (siehe beiliegenden Artikel der SZ vom 13.06.2013).

Darauf entbrannte eine hitzige Debatte, wobei auch die Auftragsvergabe seitens der Gemeinde an Amtsinhaber zur Sprache kam.

Wir beantragen, dass die Beschäftigungsverhältnisse und Auftragsverhältnisse von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten des Grünwalder Gemeinderates mit der Gemeinde Grünwald dargelegt werden. Hier sollen auch die Höhe der Löhne und Gehälter sowie die Auftragsentgelte an Amtsinhaber seit der Zusammensetzung des aktuellen Gemeinderates (2008) offengelegt werden. Es sollen auch die kommunalen GmbHs sowie die gemeindlichen Einrichtungen, wie z.B. Freiwillige Feuerwehr, etc., mit einbezogen werden.

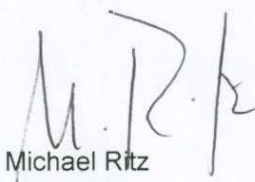
Nachdem die Diskussion von dem CSU-GR öffentlich herbeigeführt wurde, sollten wir den Bürgern gegenüber eine Transparenz herstellen, um einer Kritik einer eventuellen „Vetternwirtschaft“ im Grünwalder Gemeinderat entgegenzuwirken. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass manche Amtsinhaber durch Ihr Beschäftigungs- bzw. Auftragsverhältnis gegenüber der Gemeinde abhängig sind bzw. von der Gemeinde bevorzugt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Altmann

Fraktionsvorsitzender




Michael Ritz

Gemeinderat



Ingrid Reinhart-Maier

Fraktionsvorsitzende



Antje Wagner

Gemeinderätin

München Süd

## Zu Unrecht vor der Tür

### Grünwalds Bürgermeister schließt Grünen-Gemeinderätin von der Sitzung aus - und kassiert dafür eine Rüge vom Landratsamt

Grünwald - Diese Genugtuung wollte die emsige Grünwalder Gemeinderätin Ingrid Reinhart-Maier schon gern öffentlich auskosten: Das Landratsamt hat ihr in einer Aufsichtsbeschwerde gegen die Gemeinde Recht gegeben. Anlass und Antwort liegen zwar schon ein Jahr zurück. Aber umso mehr pochte die Grünen-Politikerin darauf, dass der Bürgermeister die für ihn wenig rühmliche behördliche Zurechtweisung endlich publik macht. Jan Neusiedl (CSU) wollte sich in diesem Punkt nicht schon wieder Intransparenz vorwerfen lassen. Er schickte daher in der jüngsten Gemeinderatssitzung flugs einen Mitarbeiter los, der das Schreiben vom Landratsamt dann als Tischvorlage aushändigte. Die Folge: Ein heftiger Schlagabtausch, der ein Licht auf die derzeit reichlich aufgeheizte Atmosphäre zwischen den beiden Lagern - CSU-Mehrheit auf der einen Seite; PBG, Grüne und FDP auf der anderen - im Grünwalder Gemeinderat wirft.

Worum ging es konkret? Reinhart-Maier arbeitet als Teilzeit-Angestellte in der Grünwalder Gemeindebücherei. Als der Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung am 24. April 2012 über eine Stellenmehrung in just dieser Bücherei debattierte, schickte der Bürgermeister die Grünen-Rätin vor die Tür. Seine damalige Begründung: Reinhart-Maier sei persönlich beteiligt. Durch mehr Mitarbeiterinnen bestünde für die Betroffene die Möglichkeit, dass die Arbeit einfacher und weniger stressanfällig werden könnte.

Hier konterte das Landratsamt: 'Frau Reinhart profitiert nach den uns vorliegenden Angaben weder finanziell noch durch eine ihr individuell zustehende Arbeitserleichterung von einer Erweiterung des Stellenplans', heißt es im Schreiben vom 12. Juni 2012. Ihr Ausschluss aus der Sitzung sei unzulässig gewesen. Im übrigen merkt die Rechtsaufsicht an, der Erste Bürgermeister sei verpflichtet, den Gemeinderat entscheiden zu lassen. 'Er kann die persönliche Beteiligung nicht selbst feststellen', gibt das Landratsamt dem Grünwalder Gemeindechef mit auf den Weg. Konsequenzen hatte Reinharts Ausschluss letztlich keine. In der betreffenden Sitzung wurde nichts beschlossen, die zusätzliche Stelle später im Stellenplan 2013 verankert.

Aber die grüne Kommunalpolitikerin wollte die Sache geklärt wissen. Durchaus verständlich, findet FDP-Ratskollege Michael Ritz. 'Es geht um elementare Rechte eines Gemeinderatsmitglieds, die wurden verletzt', äußerte er in der Debatte. Ganz anders bewerten CSU-Gemeinderäte den Vorgang. 'Eine Dienstaufsichtsbeschwerde wegen so was - das finde ich absolut übertrieben', so Gerhard Sedlmair. Jurist Wilhelm Knittel machte deutlich, dass er eine 'Doppelmitgliedschaft' im Gemeinderat und einer Gemeindeeinrichtung prinzipiell für 'nicht ideal' hält. Was Reinhart-Maier zur Frage veranlasste, wie viele CSU-Gemeinderäte, die gleichzeitig Handwerker seien, an Aufträgen der Gemeinde verdienten. Sie könnten ihre Projekte ausgiebig im Gemeinderat darlegen. Das wollte der 2. Bürgermeister Stephan Weidenbach (CSU) so nicht stehen lassen. Er sah sich veranlasst, sich schützend vor seinen CSU-Kollegen Alexander Steininger zu stellen, seines Zeichens Architekt und derzeit wohlbestallt mit Gemeindeaufträgen. Die seien alle durch Ratsbeschlüsse zustande gekommen, sogar einstimmige, wies Weidenbach jegliche Unterstellung entrüstet zurück. 'Alles wurscht', schloss Thomas Bühler die Debatte zu später Stunde. Thema sei das Ganze nur, erklärte der CSU-Mann, 'weil in neun Monaten Kommunalwahlen sind'. Manuela Warkocz

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Donnerstag, den 13. Juni 2013, Seite 9

Datum/Zeit : 24-JUN-2013 15:05 MON  
 Faxnummer : 00  
 Fax-Name :  
 Modell-Name : CLX-6250 Series  
 Seriennummer des Geräts : Z32FBAJZB00019K

Nr.	Name/Nummer	Startzeit	Zeit	Modus	Seite	Ergebn.
162	064162166	24-06 15:04	00'58	ECM	003/003	OK

**Bündnis 90/Die Grünen**

**FDP**

Gemeinde Grünwald

Herrn 1. Bürgermeister Neusiedl

Rathausstr.3

82031 Grünwald

Grünwald, 17.06.2013

**Antrag**

**Transparenz**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Neusiedl,

sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Grünwalder Gemeinderates,

die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der FDP stellen hiermit folgenden Antrag für den Gemeinderat.

Ein Gemeinderat der CSU, Dr. Knittel, stellte in der letzten GR-Sitzung die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Verbindung von Amt und Beschäftigung von Mitgliedern des Gemeinderates in der Gemeinde (siehe beiliegenden Artikel der SZ vom 13.06.2013).

Darauf entbrannte eine hitzige Debatte, wobei auch die Auftragsvergabe seitens der Gemeinde an Amtsinhaber zur Sprache kam.

Wir beantragen, dass die Beschäftigungsverhältnisse und Auftragsverhältnisse von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten des Grünwalder Gemeinderates mit der Gemeinde Grünwald dargelegt werden. Hier sollen auch die Höhe der Löhne und Gehälter sowie die Auftragsentgelte an Amtsinhaber seit der Zusammensetzung des aktuellen Gemeinderates (2008) offengelegt werden. Es sollen auch die kommunalen GmbHs sowie die gemeindlichen Einrichtungen, wie z.B. Freiwillige Feuerwehr, etc., mit einbezogen werden.

Nachdem die Diskussion von dem CSU-GR öffentlich herbeigeführt wurde, sollten wir den Bürgern gegenüber eine Transparenz herstellen, um einer Kritik einer eventuellen „Vetterwirtschaft“ im Grünwalder Gemeinderat entgegenzuwirken. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass manche Amtsinhaber durch ihr Beschäftigungs- bzw. Auftragsverhältnis gegenüber der Gemeinde abhängig sind bzw. von der Gemeinde bevorzugt werden.